

Politisches System der DDR	2
Politische Verhältnisse in der DDR zu Beginn der 50er Jahre	2
Übernahme des sowjetischen Modells in der DDR bis 1955	3
Machtausübung der SED	4
Demokratie in der DDR	6

Politisches System der DDR

Politische Verhältnisse in der DDR zu Beginn der 50er Jahre

Die politischen Verhältnisse in der DDR basieren auf den seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs in der sowjetischen Besatzungszone getroffenen Maßnahmen der politischen Führung in der Zone und der SMAD, die hier das sowjetisch-kommunistische System einführten.

Dazu gehört vor allem die unangefochtene **Führungsstellung der SED**, die sie sich seit Wiedergründung der KPD am 11.6.1945 verschaffte.

- Der **Zusammenschluss von SPD und KPD**, aus westlicher Sicht eine „Zwangsvereinigung“, sicherte die Einheit der Arbeiterklasse und garantierte nach sozialistischer Darstellungsweise den ungebrochenen Willen des Volkes, in sozialistischem Sinn die Politik des Staates zu bestimmen.
- Die „Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ (14.7.1945, **Antifa-Block**) war von vornherein auf die Linie der KPD, später der SED festgelegt.
- Die Bildung von sozialistischen **Massenorganisationen** (FDGB, FDJ etc.) sicherte einerseits den gesellschaftlichen Einfluss der SED, andererseits über deren Vertretung in der Volkskammer auch ihren Einfluss in der Politik.
- Die DDR behielt zwar formal ein Mehrparteiensystem bei, die Volkskammer-„wahlen“ waren jedoch reine Akklamationsveranstaltungen zur Bestätigung der Vorrangstellung der SED und keine echten Wahlen im westlich-pluralistischen Sinn (Einheitsliste des „Nationalen Blocks“ seit 1950, festgelegtes Sitzverhältnis in der Volkskammer).
- Ausschließliche Besetzung von Führungspositionen durch Parteikader,

Bodenreform (1945) und **Kollektivierungskampagnen** (1952) sicherten über die Enteignung von Großgrundbesitz und die Kollektivierung weniger rentabler Güter sowohl die Rentabilität der Landwirtschaft als auch ihre Einordnung in das gesellschaftliche System des „Arbeiter- und Bauern-Staates“.

Breite **Verstaatlichungen**, vor allem in der Schwer- und Schlüsselindustrie (Überführung in Sowjetische Aktiengesellschaften, Bildung „Volkseigener Betriebe“), sicherten auch im industriellen Bereich den Einfluss der SED und ermöglichten ihre Eingliederung in die staatliche Planwirtschaft. Außerdem hatten diese Verstaatlichungen weitreichende gesellschaftliche Auswirkungen, da sie die Sozialstruktur der DDR grundlegend veränderten (Unternehmerschicht). Wichtigstes Ziel war hier die **Erhöhung der Arbeitsproduktivität**, um einerseits die Planvorgaben im „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ zu erfüllen, andererseits verstärkte Anstrengungen zu betreiben, die ökonomische und politische Übermacht des sozialistischen Lagers gegenüber der kapitalistischen Welt zu beweisen.

In der Frage der **Sicherung der Herrschaft** zeigte sich die SED als diktatorisches stalinistisches Organ. Abweichende Meinungen wurden innerhalb der Partei und in der Gesellschaft verfolgt und unterdrückt:

- Diktatorische Macht des Politbüros der SED auch innerhalb der Partei (Durchsetzung des demokratischen Zentralismus)
- 1950 Gründung des Ministeriums für Staatssicherheit als "Schild und Schwert" der Partei und des sozialistischen Systems,
- 1950/51 umfassende "Säuberungen" in der Partei,
- Verschärfung der Abhängigkeit der Blockparteien von der ideologischen Dominanz der SED durch die vorbehaltlose Anerkennung ihrer "führenden Rolle als der Partei der Arbeiterklasse" Ost-CDU, Juli 1952)

Übernahme des sowjetischen Modells in der DDR bis 1955

Die „Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ (14.7.1945, **Anti-fa-Block**) war von vornherein auf die Linie der KPD, später der SED festgelegt, da der gemeinsame Block-Ausschuss Beschlüsse nur einstimmig fassen konnte. Dies garantierte (aus ideologischer Sicht), dass auch von den nicht-sozialistischen Block-Parteien keine Politik gegen die Interessen der Arbeiterklasse gemacht werden konnte.

Die Bildung von sozialistischen **Massenorganisationen** (FDGB, FDJ etc.) sicherte einerseits den gesellschaftlichen Einfluss der SED, andererseits über deren Vertretung in der Volkskammer auch ihren Einfluss in der Politik.

Der **Zusammenschluss von SPD und KPD**, aus westlicher Sicht eine „Zwangsvereinigung“, sicherte die Einheit der Arbeiterklasse und garantierte nach sozialistischer Darstellungsweise den ungebrochenen Willen des Volkes, in sozialistischem Sinn die Politik des Staates zu bestimmen. Die SED folgte der Identitätstheorie, nach der nicht Konkurrenz und Mehrheit für Interessenausgleich sorgten, sondern die Interessen von Volk, Arbeiterklasse, Partei und Staat identisch waren und es daher keine Interessen außerhalb der SED geben konnte. Die Blockparteien waren in dieses System durch ihre Verpflichtung auf die Grundsätze sozialistischer Politik einbezogen. Dem entspricht auch, dass die DDR zwar formal ein Mehrparteiensystem beibehielt, die Volkskammer-„wahlen“ jedoch mehr die Vorrangstellung der SED bestätigten als echte Wahlen im westlich-pluralistischen Sinn darstellten (z.B. durch das festgelegte Sitzverhältnis in der Volkskammer).

Bodenreform (1945) und **Kollektivierungskampagnen** (1952) sicherten über die Enteignung von Großgrundbesitz und die Kollektivierung weniger rentabler Güter sowohl die Rentabilität der Landwirtschaft als auch ihre Einordnung in das gesellschaftliche System des „Arbeiter- und Bauern-Staates“.

Breite **Verstaatlichungen**, vor allem in der Schwer- und Schlüsselindustrie (Überführung in Sowjetische Aktiengesellschaften, Bildung „Volkseigener Betriebe“), sicherten auch im industriellen Bereich den Einfluss der SED und ermöglichten ihre Eingliederung in die staatliche Planwirtschaft. Außerdem hatten diese Verstaatlichungen weitreichende gesellschaftliche Auswirkungen, da sie die Sozialstruktur der DDR grundlegend veränderten (Unternehmerschicht).

Auch im **Bildungswesen** konnte die SED-Führung entscheidende Weichen stellen. Nach der schon 1945 begonnenen Schulreform, die gleiche Bildungschancen für alle bringen sollte, wurde der Anteil der Arbeiter- und Bauern-Kinder an den Hochschulen planmäßig (und unter ideologischen Gesichtspunkten) gefördert.

Machtausübung der SED

Die Machtausübung der SED als der allein herrschenden sozialistischen Partei beruht auf der Einführung des sowjetisch-kommunistischen Systems durch die sowjetische Besatzungsmacht in ihrer Besatzungszone nach 1945. Dazu gehört vor allem die unangefochtene **Führungsstellung der SED**, die einerseits durch die Zwangsvereinigung von SPD und KPD (1946), andererseits durch die Verpflichtung der formal selbständigen „bürgerlichen“ Parteien auf die Linie der SED in der „Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ (Juli 1945, „Antifa-Block“) gesichert war. Die Gründung anderer Parteien war zwar nicht offiziell und ausdrücklich verboten, wurde aber auch nicht zugelassen (weil, wie im Fall des „Neuen Forum“ 1989, „keine gesellschaftliche Notwendigkeit“ bestand). Die Monopolstellung der SED in Staat und Gesellschaft sicherte den alleinigen Einfluss der Parteikader.

Die SED transportierte ihre Monopolstellung auch indirekt über die **Massenorganisationen** wie FDGB, FDJ etc. in die Gesellschaft, wobei diese im Sinn der sozialistischen Interessenidentität auch Sitz und Stimme in der Volkskammer der DDR hatten.

Formal wies die DDR zwar ein Mehrparteiensystem auf, die „bürgerlichen“ Parteien waren jedoch durch ihren Status als „Blockparteien“ an die politischen Vorgaben der SED gebunden. Außerdem waren die Volkskammer-„wahlen“ mit der Einheitsliste des „Nationalen Blocks“ (seit 1950) und dem festgelegten Sitzverhältnis in der Volkskammer reine Akklamationsveranstaltungen zur Bestätigung der Vorrangstellung der SED und keine echten Wahlen im westlich-pluralistischen Sinn.

Alle Führungspositionen in Politik, Verwaltung, Militär, Medien, in Betrieben und im Bildungsbereich wurden ausschließlich durch Parteikader besetzt.

Im Bereich der Wirtschaft sicherte die SED mittels **Bodenreform** (1945) und **Kollektivierungskampagnen** (1952) über die Enteignung von Großgrundbesitz und die Kollektivierung weniger rentabler Güter sowohl die Rentabilität der Landwirtschaft als auch ihre Einordnung in das gesellschaftliche System des „Arbeiter- und Bauern-Staates“. Ebenso war die Schwer- und Schlüsselindustrie durch breite **Verstaatlichungen** (Überführung in Sowjetische Aktiengesellschaften, Bildung „Volkseigener Betriebe“, VEB) dem Einfluss der SED und der Eingliederung in die staatliche Planwirtschaft unterworfen.

In der Frage der **Sicherung der Herrschaft** zeigte sich die SED als diktatorisches stalinistisches Organ. Abweichende Meinungen wurden innerhalb der Partei und in der Gesellschaft verfolgt und unterdrückt:

- Diktatorische Macht des Politbüros der SED auch innerhalb der Partei (Durchsetzung des demokratischen Zentralismus)
- 1950 Gründung des Ministeriums für Staatssicherheit als „Schild und Schwert“ der Partei und des sozialistischen Systems,
- 1950/51 umfassende „Säuberungen“ in der Partei,
- Verschärfung der Abhängigkeit der Blockparteien von der ideologischen Dominanz der SED durch die vorbehaltlose Anerkennung ihrer „führenden Rolle als der Partei der Arbeiterklasse“ Ost-CDU, Juli 1952)

Neben diesen politischen und gesellschaftlichen Grundbedingungen ist auch die physische Macht der SED-Diktatur zu nennen und zu erläutern. Sie äußerte sich zunächst in der bereits genannten Gewalt der Staatssicherheit (StaSi), die über zahlreiche Zuträger, Informelle Mitarbeiter und hauptamtliche Mitarbeiter ein dichtes Netz von Druck und Kontrolle über die Gesellschaft legte. Sie bestand aber auch in der Gewalt, die durch Mauer, Stacheldraht, Grenzsperrungen und Schießbefehl angewendet wurde, um die eigene Bevölkerung am Verlassen des SED-Machtbereichs zu hindern.

Es lag dabei sowohl in der Absicht der SED-Führung, der Bevölkerung gewisse Freiräume zu belassen, als auch in der Unmöglichkeit, das Überwachungssystem bis in die letzten Verästelungen zu perfektionieren, dass die DDR-Gesellschaft sich zur „Nischengesellschaft“ entwickelte, die relativ schwach kontrollierte Rückzugsgebiete vor der sozialistischen Indoktrinierung und Überwachung bot. Vor allem die Kirchen wurden in den 70er und 80er Jahren trotz aller Repressalien zum Hort von Kritik und Widerstand.

Demokratie in der DDR

Das „*Gesetzbuch der Arbeit*“ nennt eine „*immer aktivere Teilnahme der Werktätigen an der Leitung der Wirtschaft*“, was unmittelbar eine weitere Entwicklung und Vervollkommnung der sozialistischen **Demokratie** nach sich ziehe, wie auch die Einheit von Arbeit und Leitung, also von Gesellschaft und Staat.

Demokratischer Zentralismus heißt demgegenüber in der Wirklichkeit der sozialistischen Diktatur:

- Jedes Mitglied auf allen Ebenen der politischen Hierarchie in der Partei und im Staatsapparat muss von der nächst niedrigeren Instanz bestimmt werden - wobei der „Vorschlag“ der höheren Ebene zu befolgen ist.
- Ein Beschluss, der auf der höchsten Ebene gefasst wird, darf von niemandem in Frage gestellt werden. Die Minderheit wird der Mehrheit in strikter Disziplin untergeordnet.

Zusammen mit dem aus der Identitätstheorie herrührenden Partei- und Fraktionsverbot innerhalb der herrschenden sozialistischen / kommunistischen Partei wurde der demokratische Zentralismus ein Instrument der Parteiführung zur Kontrolle des politischen Prozesses und zur Unterbindung von Auseinandersetzungen und Kritik von Seiten unterer Instanzen.

Der Aufbau des Sozialismus führte in der Wirklichkeit allerdings zu einer Festigung der **SED-Diktatur** und zu einem Zurückdrängen formaldemokratischer Elemente. Dieser Prozess, der mit der Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED eingeleitet wurde, war allerdings 1949 bereits im wesentlichen abgeschlossen.

Am Beginn des Zeitraums steht der **Ausbau der Wirtschaft** gemäß dem ersten Fünfjahrplan (3. Parteitag der SED, Juli 1950), der unter Zugrundelegung sowjetischer Methoden die Produktion erheblich steigern sollte. Der selbe Parteitag schränkte auch die Mitwirkungsrechte der Blockparteien weiter ein und setzte den **Terror** gegen die demokratischen Elemente in CDU und LDPD fort. Gleichzeitig begannen Säuberungen innerhalb der SED, in denen 150 000 Parteimitglieder aus der SED ausgeschlossen wurden.

Die ersten Wahlen in der DDR (15. 10. 1950) waren Wahlen auf der Basis einer „**Einheitsliste** der nationalen Front“ mit offener Stimmabgabe, die dann mit 99,7% der Stimmen auch eine breite „Zustimmung“ der Bevölkerung zum Regime der SED suggerierten.

Im **wirtschaftlichen Bereich** waren die Anfangsjahre der DDR durch eine Verschärfung der Verstaatlichungen und durch ein weiteres Zurückdrängen der privaten Wirtschaft gekennzeichnet (5000 „Volkseigene Betriebe“ 1950 gegenüber 1764 im Jahr 1949). Dennoch ging die Erhöhung der Produktion nicht mit einer Verbesserung des Lebensstandards einher, da die Führung der SED die Steigerung in der Schwerindustrie nur auf Kosten der Konsumgüterindustrie erreichen konnte.

In der **Landwirtschaft** wurde 1952 die nach der Bodenreform von 1946 entstandene unbefriedigende und unproduktive Situation der Kleinbauern dazu genutzt, die **Kollektivierung** in großem Maßstab und unter Anwendung von Zwangsmitteln durchzusetzen und die Bauern in die LPGs zu zwingen (1952 1906 LPGs mit 3,3% der Ackerböden, 1960 19261 LPGs mit 84,2%)

Im Mai 1953 legte die SED-Führung neue, erhöhte **Arbeitsnormen** fest, um nach sowjetischem Vorbild den Aufbau der Schwerindustrie zu beschleunigen. Als trotz des „Neuen Kurses“ (nach dem Tod Stalins) die Normen nicht zurückgenommen wurden, entwickelte sich aus Protesten und Streiks der Bauarbeiter in der Berliner Stalinallee der Arbeiteraufstand in der gesamten DDR vom **17. Juni 1953**. An die Seite der ursprünglich rein wirtschaftlichen Forderungen traten bald politische Forderungen, so vor allem die Forderung nach freien Wahlen. Da die politische Führung der DDR sich machtlos zeigte, verhängte der sowjetische Stadtkommandant von Berlin den Ausnahmezustand und ließ mit sowjetischen Panzern den Aufstand niederschlagen.

Dieser Aufstand zeigte – wie auch die Arbeiter- und Volksaufstände in Polen und Ungarn 1956 – dass die SED-Führung keineswegs von der breiten Zustimmung der Bevölkerung getragen war, sondern dass im Gegenteil ihr Machtanspruch sich gegenüber der eigenen Bevölkerung nur mit Waffengewalt und mit der Hilfe der Sowjetunion - und mit diktatorischem Druck - aufrechterhalten ließ.

Die SED-Führung um Walter Ulbricht charakterisierte den Aufstand als einen vom Westen gesteuerten faschistisch-konterrevolutionären Putschversuch und räumte nur gewisse Fehler im Tempo der geplanten Förderung der Schwerindustrie ein.

Die nun verstärkt einsetzende **Fluchtbewegung** aus der DDR in die Bundesrepublik zeigt deutlich die Diskrepanz zwischen der propagandistisch behaupteten Einheit von Staat und Arbeiterklasse und der Wirklichkeit der sozialistischen Diktatur. Vor allem gut ausgebildete Fachkräfte und Jugendliche wandten dem „Arbeiter- und Bauernstaat“ und dem von ihm ausgehenden politischen Druck den Rücken, die DDR drohte auszubluten.

Auch der „Neue Kurs“ nach dem Tod Stalins und die einsetzende Entstalinisierung änderten nichts Wesentliches in der Frage der politischen Partizipation, allenfalls die Versorgungslage besserte sich 1957/58 etwas, die Fluchtbewegung ließ leicht nach.

Der neue **Fünfjahrplan** von 1958 (Siebenjahrplan 1959) allerdings sollte mit der Formulierung neuer Planziele den Aufbau des Sozialismus entscheidend voranbringen. Da die Planziele aber zu hoch gesteckt waren, war wieder innenpolitischer Druck zu ihrer Durchsetzung nötig.

Damit lässt sich feststellen, dass sowohl auf politischem als auch auf wirtschaftlichem Gebiet die DDR weit von einer echten Teilhabe des Volkes an wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen entfernt war. Die stalinistische Diktatur konnte nur mit dem staatlichen **Repressionsapparat** von Staatssicherheit und politischen Prozessen aufrechterhalten werden, Meinungs- und Informationsfreiheit waren entschieden eingeschränkt. Im wirtschaftlichen Bereich wurde die gesamte Produktion dem politischen **Aufbau des Sozialismus** und den **Bedürfnissen der sowjetischen**

Wirtschaft untergeordnet. Der Bevölkerung blieb in diesem System als Alternative zum Arrangement mit dem Regime nur die Flucht in den Westen.